

# Roosevelts Abkehr von den Sowjets.

China zur Wiederwahl in den Völkerverbund damit, daß China als Stützpunkt der westlichen Interessen in Asien gelte, dem Völkerverbund nützliche Dienste leisten zu können. Dabei wies der Gesandte auch auf den wirtschaftlichen Faktor und auf die Bedeutung Chinas als Absatzmarkt für europäische Produkte hin. Was die Kandidatur der Sowjetunion anbelangt, so begrüßte China den Eintritt seines westlichen Nachbarn wärmstens. Rußland habe seinen Willen zur internationalen Zusammenarbeit auf der Abrüstungskonferenz bewiesen und habe durch seine Definition des Angreifers das Problem seiner Lösung näher gebracht.

## Abschluß der Generalaussprache in Genf.

Genf, 14. Sept. Die allgemeine Aussprache wurde in der Vollziehung am Freitag nachmittag abgeschlossen, nachdem als letzter Redner der österreichische Außenminister Berger-Waldenegg gesprochen hat. Am Sonnabend werden in Genf nur Ausschüsse tagen.

## Oesterreich und die Kleine Entente.

Genf, 14. Sept. Die Außenminister der Kleinen Entente haben heute über die österreichischen Fragen unter sich verhandelt. Es verlautet, daß zwischen Benesch und dem südlawischen Außenminister Jettich noch immer erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Man spricht auch davon, daß der ursprünglich angeregte Nichtinterventionspakt nur wenig Aussicht auf Verwirklichung hat, und daß man umso eifriger an einem Garantiepakt arbeite, der eine Hilfeleistungsklausel enthalten soll. Hier aber sind offenbar schon durch die Abneigung Englands, neue oder gar automatisch wirkende Garantieverpflichtungen auf sich zu nehmen, ebenfalls Schwierigkeiten entstanden. Oesterreich hält sich bei diesen Verhandlungen sehr zurück. Die Initiative geht von Italien aus, der einen und von Benesch auf der anderen Seite aus. Der südlawisch-italienische Gegensatz, den die Franzosen bisher vergebens zu überbrücken suchten, bildet das Haupthindernis für ein Ergebnis dieser Beratungen. Vor Barthous Reise nach Rom sei an eine wirkliche Klärung des österreichischen Problems nicht zu denken.

In einer Entschließung heißt es: Der ständige Rat der Kleinen Entente, deren politisches Ziel ist, die freundschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten ohne Ausnahme zu verwirklichen, stellt mit Befriedigung die Annäherung zwischen Frankreich und Italien fest, die geeignet ist, auch zwischen der Kleinen Entente und Italien die Annäherung herbeizuführen, die von jedem Gesichtspunkt aus wünschenswert ist.

## Nach der Ablehnung des Ostpaktes.

London, 14. Sept. Zum Schwenden der Aussichten für einen Ostpakt bemerkt „Times“, die Besorgnisse mancher Kreise vor einem französisch-russischen Bündnis dürften unbegründet sein. Die möglichst enge Zusammenarbeit mit Großbritannien bleibe nach wie vor einer der Hauptpunkte der französischen Politik. Nichts dürfe versucht werden, was Einwendungen von Seiten Englands gegen eine auch nur angelegentlich Einwirkung Deutschlands hervorrufen könnte. Eine Wirkung des Fehlschlages des Ostpaktes werde sein, daß Frankreich einen neuen Antrieb für eine Verständigung mit Italien erhalte. Ferner richteten die französischen Staatsmänner ihre Aufmerksamkeit auf Mitteleuropa, dessen Organisierung nach gesunden wirtschaftlichen Richtlinien politische Vorteile haben könnte, die mindestens ebenso groß wären wie die eines Ostpaktes.

## Für politische Isolierung Englands.

London, 14. Sept. „Daily Express“, die beharrlich für eine politische Isolierung Englands eintritt, hat eine Rundfrage veranstaltet. Von den befragten 689 301 Personen haben 606 164 (87,9 v. H.) sich für völlige Isolierung ausgesprochen. Nur 2 v. H. der Befragten haben sich auf politische Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern einlassen wollen.

## Die italienisch-südlawische Spannung.

Venedig, 14. Sept. Inaensicht der Haltung der südlawischen Presse gegenüber Italien in der letzten Zeit hat die italienische Abordnung, die an der in Belgrad zusammengetretenen Konferenz der interparlamentarischen Union teilnehmen sollte, Weisung erhalten, nicht nach Belgrad zu fahren.

Berlin, 15. Sept. Zur feierlichen Eröffnung des Deutschen Opernhauses, der ersten Opernbühne des Reiches, gestern abend erschien kurz vor 19 Uhr, von der Menage umjubilert, der Führer und Reichskanzler. Als er die große Mittelloge betrat, erhob sich das Publikum und brachte dem Führer begeisterte Ovationen dar. Neben dem Führer sah man die Minister Dr. Goebbels und Dr. Frick, Generaloberst v. Blomberg, den Gesandten v. Papen, Admiral Raeder, Staatssekretär Dr. Weizsäcker und zahlreiche andere Mitglieder der Reichsregierung und der Reichsparteileitung. In den Logen des ersten Ranges hatte das diplomatische Korps mit Damen Platz genommen, fast alle in Berlin anwesenden Botschafter und Gesandten waren erschienen. Im Parkett und in den Rängen war das geistige und politische Berlin vertreten. Am Schluß der Vorstellung des „Tannhäuser“ wurde der Intendant Wilhelm Rode mit Befall ausgezeichnet, als er in der Regierungsloge neben dem Führer erschien.

Hagen, 14. Sept. Hier ist der vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilte Franz Schibzig aus Herbolzheim hingerichtet worden. Damit hat eine im Januar 1933 an dem SA-Truppenführer Bernsau verübte Bluttat ihre Sühne gefunden.

München, 14. Sept. Am 23. Sept. werden auf der in Mittelfranken gelegene Burg Hoheneck sieben Denkmäler eingeweiht werden. Es handelt sich um sieben Armeedivisionen, und zwar einen Gedenkstein zur Erinnerung an die Schlacht bei Kartell-Filisch mit den Bildnissen der Heerführer von Below und Krauß, ferner den Gedenkstein von Oberst Bruchmüller, die Gedenksteine der Kavallerie mit Gerhard v. Schmettow, der Marine mit Admiral v. Scheer, der Pioniere mit General v. Mudra, der Flieger mit Boehlke und der U-Bootkämpfer mit Webbingen. Bei der Rundgebung werden zwei Heerführer der verbündeten Armeen des Weltkrieges sprechen: General Otto v. Bülow und der österreichische General Krauß.

Saarbrücken, 14. Sept. Der Landesleiter der Deutschen Front Pirz hat von Genf aus das Mitglied der Deutschen Front Heinrich Nitzmann zu seinem Stellvertreter ernannt und ihm sämtliche Vollmachten erteilt.

Die amerikanische Regierung hat sich zu einem in der Diplomatie ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Sie gab nämlich den Stand der Verhandlungen mit den Sowjets nach der Anerkennung der Sowjetunion und der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der Union der SSR, mit einer verblickenden Offenherzigkeit bekannt. Die Sowjetrussen hatten sich geschmeichelt, zu weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Übereinkünften mit den Amerikanern zu kommen. Nun wird von ihren Verhandlungen gesagt, daß sie sich bisher mehr mit Einzelheiten als mit grundsätzlichen Fragen beschäftigten. Jetzt habe aber der russische Botschafter einen Gegenvorschlag überreicht. Dieser mache es unmöglich, betreffs der Erzielung eines Abkommens hoffnungsfreudig zu sein.

Für eine so scharfe Tonart einer amtlichen Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten muß es selbstverständlich einen sehr schwerwiegenden Anlaß gegeben haben. Es bedarf keines besonderen Nachdenkens, um zu erkennen, daß Präsident Roosevelt aus den Ereignissen von San Francisco innerpolitische Schlussfolgerungen gezogen hat, die für die russische politische Rechnung eine außergewöhnliche Verwirrung bedeuten. Moskau glaubte Washington einigermaßen sicher in der Hand zu halten wegen der Bedeutung, die es für Amerika als Gegenpoler Japans an der jenseitigen Küste des Stillen Ozeans besitzt. Es gab einen Augenblick, in dem man sogar annehmen konnte, daß die USA sich aus dem Fernen Osten zurückzogen, weil sie den russischen Soldaten gewonnen hatten. Die Sowjetunion glaubte deshalb schon, daß sich ihnen der mächtige amerikanische Geldbeutel auftun würde. Die USA zeigten sich tatsächlich auch schon bereit, seine Umschnürungen zu lockern. Jetzt haben sie ihn offenbar aber wieder fest zugezogen.

Es ist ein Vorgang, der sehr genau im Zuge anderer Maßnahmen, wie der Preisgabe der Philippinen unter Zurückziehung der amerikanischen Hochseeflotte von den Hawaii-Inseln, liegt. Roosevelt will alle Kräfte des Landes zusammenreißen, um innenpolitisch Ordnung und Aufstieg zu schaffen. Dieses Ziel wird schließlich allen anderen vorangestellt. Selbst die Notwendigkeit für Amerika, sich an der Entwicklung der Länder des Fernen Ostens und der amerikanischen Märkte willen zu beteiligen, wird zurückgestellt hinter der Klärung und Festigung der innenpolitischen und binnenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Von der Verwendungsfähigkeit Rußlands auf dem außenpolitischen Schachbrett wird Washington nach wie vor

überzeugt sein. Wichtiger als das außenpolitische Spiel ist ihm aber das innenpolitische. Und dabei wird neuerdings die Ermittlung Moskaus als so fähend empfunden, daß man ihm gegenüber alle Rücksichten fallen läßt. Trosjanowitsch sammelte vor den ihn ausfragenden Pressevertretern ein paar Wendungen zusammen, daß die Verhandlungen zwar in eine Sackgasse geraten seien, aber dennoch die Hoffnung für ihre Fortsetzung bestehe. Das sind Redensarten, die der neuen Lage zwischen dem Sowjetunton und den Vereinigten Staaten nicht gerecht werden. Die ungewöhnliche Schärfe der öffentlichen Mitteilung von Washington zu der Verhandlungslage läßt erkennen, daß Amerika einfach kein Verhandlungsergebnis mehr erwartet und auch nicht mehr erwarten will. Roosevelt mag erkannt haben, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen Amerikas zu Sowjetrußland zwar dem amerikanischen Außenhandel Vorteile bietet, aber daß die amerikanische Wirtschaft dafür zugleich untragbare, unausgleichbare Nachteile eintauscht.

Sie bestehen in der wirtschaftlichen Beunruhigung des Landes durch Lohnstreiks und auch solche Streikbewegungen, die schon politischen Charakter angenommen haben, wie das in San Francisco erneut wieder der Fall gewesen ist. Roosevelt brauchte die Sowjets einmal, um auch von dieser Seite her seinem Arbeitsbeschaffungsprogramm Auftriebsquellen zu ermöglichen. Die Vereinigten Staaten erhielten in der Tat Millionen-Aufträge umfassenster Art aus Moskau und waren infolgedessen befähigt, Tausende, vielleicht Zehntausende neuer Arbeitskräfte einzustellen. Was nicht das aber der amerikanischen Wirtschaft, wenn gleichzeitig die Moskauer Seite im Lande zu einem Strell nach dem anderen führt und dadurch die Rauffkraft von Millionen schwächt.

Eine Verbindung mit diesen Moskauern kann aber der Mann nicht brauchen, der in so weitem Maße nationalsozialistischen Gedanken und politischen Handlungen gefolgt ist. Wie Hitler und nach seinem Beispiel strebte auch Roosevelt danach, die arbeitslose Jugend von der Straße herunterzubringen, ließ Arbeitslager entstehen, warb für den Wirtschaftskrieg zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter Betonung der gemeinschaftlichen Notwendigkeiten für die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und stärkte das Ansehen der Beamtenschaft und damit das Ansehen des Staates durch einen Säuberungssektang gegen eine betrügerische und bestechliche Verwaltung. Und daraus erklärt sich die Erkaltung der sowjetrussischen Hoffnungen, mit der Folge des völligen Zusammenbruchs eines der kunstvollsten Gebäude der sowjetrussischen Diplomatie.

S. 8

## Deutsch-britische Wirtschaftsverhandlungen.

London, 15. Sept. Die britische und die deutsche Regierung haben vereinbart, Verhandlungen über die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der beiden Länder aufzunehmen. Eine englische Abordnung begibt sich zu diesem Zweck am Montag nach Berlin, wo am Mittwoch die Verhandlungen beginnen werden.

Berlin, 15. Sept. Das zum 15. September gekündigte deutsch-italienische Zahlungsabkommen ist bis zum 30. Septbr. 1934 verlängert worden.

## Der württembergische Landesbischof beurlaubt.

Berlin, 14. Sept. Von der Reichstirchenregierung wird mitgeteilt: Der Reichsbischof hat sich veranlaßt gesehen, zur Ordnung der kirchlichen Verhältnisse und Sicherstellung kirchlicher Vermögensgegenstände in Württemberg den Landesbischof Wurm bis auf weiteres zu beurlauben. Landesbischof Wurm hat sich verlesen lassen, Gelber der Landeskirche den ordentlichen kirchlichen Zwecken zu entziehen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landesbischofs wurde von dem Reichsbischof der in kirchlichen Kreisen geschätzte Stadtpfarrer Krauß in Ebingen beauftragt.

Der Reichsbischof und der Rechtswalter der Deutschen Evangelischen Kirche haben eine Verordnung erlassen, derzufolge die Vereibigung der kirchlichen Beamten vorzunehmen ist. Zu den kirchlichen Beamten gehören auch die Geistlichen, die im Haupt- oder Nebenamt im Dienste der kirchlichen Verwaltung stehen, ferner die Kirchengemeindebeamten. Ueber die Durchführung des neuen Gesetzes haben die obersten Kirchenbehörden bis zum 21. Sept. zu berichten. Ministerialdirektor Jäger hat bereits die Vereibigung der Beamten des Oberkirchenrates in Stuttgart vollzogen.

## Neue litauische Freiheiten.

Warschau, 14. Sept. Aus Anlaß einer zur Zeit noch völlig ungelärten Beschädigung der Anlagen um das litauische Freiheitsdenkmal, wobei aber das Denkmal völlig unverletzt blieb, hat der litauische Schützenverband Protestversammlungen einberufen, die sich zu einer unerhörten Herausforderung gegen Deutschland und gegen das Deutsche Reich im Memelgebiet gestalteten. Im Versammlungssaal waren Aufschriften zu lesen, wie „Litauisches Direktorium und litauischer Magistrat säubern das Gebiet von den Vaterlandsverrätern“. „Dem deutschen Drang nach Osten stellen wir den Drang nach Westen in litauisches Land gegenüber“. „Fremde strecken ihre blutbesleckten Hände nach unserem Gebiet!“. „Raus mit den Resten der Raubritter aus unserem Lande!“ In ähnlichem Sinne sprachen der Vorsitzende des Memeler Schützenverbandes und der Vorsitzende des litauischen Nationalverbandes. In einer Entschließung werden der Gouverneur und das Direktorium aufgefordert, „das aus der Fremde kommende Verbrechen mit Stumpf und Stiel auszumerzen“.

Manila, 14. Sept. Ein amerikanischer Gendarmesergeant und zwei philippinische Gendarmen, die in der Nähe von Balabac den japanischen Fischdampfer „Fayun Maru“ innerhalb der Hoheitsgrenze untersuchen wollten, wurden von der 24 Mann starken Besatzung des Fischdampfers angegriffen, verlegt, ausgeraubt und über Bord geworfen. Alle drei konnten sich ans Ufer retten. Amerikanische Küstenschutzschiffe haben die Verfolgung des Dampfers ausgenommen, der wahrscheinlich verjagt wird, seinen Heimathafen Satao auf Formosa zu erreichen.

## Kabinettswechsel in Spanien.

Madrid, 15. Sept. Der Innenminister hat bis auf weiteres alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Das Kabinett hat sich entschlossen, seinen geplanten Rücktritt erst nach dem Zusammenritt des Landtages am 1. Oktober durchzuführen. Ein früherer Rücktritt erscheint angesichts der gespannten innenpolitischen Lage als gefährlich.

In einer Strafe Madrids wurde der Führer eines Straßenbahnwagens erschossen. Der Täter entkam. Der Straßenbahnbeamte hatte es abgesehen, am letzten Generalstreik teilzunehmen.

## Farbige Franzosen, die auffällig sind.

Paris, 14. Sept. In ganz Frankreich-Nordafrika herrscht weiterhin tiefgehende Erregung. Man wirft der französischen Verwaltung vor, nichts unternommen zu haben, um das wirtschaftliche Elend der Eingeborenen zu mildern. Der Horn der Massen kommt in Demonstrationen und blutigen Zusammenstößen immer wieder zur Entladung. Erste Ereignisse seien im Anzuge, erklären Eingeweihte, sie seien weder mit der Peitsche noch durch Notverordnungen aufzuhalten.

Auch aus dem Fernen Osten gelangen Marmrufe nach Frankreich. Der dortige französische Kolonialbesitz wird von einer bolschewistischen Gefahr bedroht. Die Unruhestifter stehen im Solde Moskaus.

## Jensur für den Rüstungsandal.

Washington, 14. Sept. Fünf auswärtige Regierungen haben bereits gegen die Verhandlungen vor dem amerikanischen Rüstungsuntersuchungsausschuss protestiert. Infolgedessen hat die Regierung für die Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen zum Teil die Jensur verhängt.

Wien, 14. Sept. Der Militärgerichtshof verurteilte den Oberwachmann Theissenberger wegen Hochverrats zum Tode durch den Strang. Theissenberger soll drei Polizeibeamte zur Mitwirkung an der Befehung des Bundeskanzleramtes und des Rundfunkgebäudes aufgefordert haben. Nach dem 25. Juli war Th. nach Ungarn geflüchtet; er wurde jedoch festgenommen und ausgeliefert.

Washington, 15. Sept. Die Lage im Textilstreit hat sich etwas beruhigt. Nur aus Nordcarolina werden Unruhen gemeldet. Die Gesamtzahl der Streikenden wird jetzt mit 400 000 angegeben. General Johnson nimmt in einer Erklärung scharf gegen den Streik Stellung.



Oberst Strauß, Kommandeur des J. R. 4, wurde Inspekteur der Infanterie.